

Wider die Ochsentour —

Frauen auf dem Weg ins Amt des Bundespräsidenten

R i t a S ü s s m u t h

I. Durchbruch in der CDU/CSU – Eine Frau als Bundespräsidentin

Die Bundesrepublik Deutschland wird 50 Jahre alt. In diesem Jubiläumsjahr findet am 23. Mai zum 10. Mal die Bundespräsidentenwahl statt. Zum ersten Mal hat die CDU/CSU überraschend Ende Januar eine Frau als Gegenkandidatin zu Johannes Rau aufgestellt: Professor Dagmar Schipanski von der Technischen Universität Ilmenau in Thüringen.

Vorausgegangen waren wochenlange Debatten um den Anteil von

Frauen in Spitzenpositionen der neuen Regierungskoalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, so auch im Amt des Bundestagspräsidenten und des Bundespräsidenten. In beiden Positionen war die Entscheidung für die Frauen negativ ausgefallen. Die männlichen Kandidaten haben sich durchgesetzt, regional quotiert nach Ost und West.

Der Regierung – auch das hat es 50 Jahre lang nicht gegeben – gehören so viele Frauen an wie noch nie zuvor. Aber der hohe Anteil an Ministerinnen und Staatssekretärinnen bedeutet zur Zeit noch keineswegs eine höhere Akzeptanz der Regierung in der Bevölkerung. Die politische Führung ist männ-

lich, die Frauen sind weitgehend Mitwirkende, werden in der Öffentlichkeit nicht als die einflußreich Gestaltenden, als machtvoll Beteiligte wahrgenommen.

Ins Zentrum der Macht, d. h. der nachhaltigen Einflußnahme auf die zentralen politischen Entscheidungen, sind Frauen immer noch nicht vorgedrungen.

Dennoch hat sich Entscheidendes verändert. Die Beteiligung der Frauen an politischen Führungspositionen ist Gegenstand öffentlicher Debatte. Sie wird nicht mehr allein von den Frauen gefordert und erwartet, sondern von immer größeren Teilen der Bürgerschaft. Männer müssen die Beteiligung von Frauen in ihr Personaltableau

einplanen. Sie müssen begründen und rechtfertigen, wenn sie für bestimmte Ämter keine Frauen vorschlagen. Das ist insofern ein Novum in unserer Demokratie, als bislang die Nichtbeteiligung oder die geringe Beteiligung von Frauen keine Frage der politischen Legitimation war.

Frauen zu beteiligen oder auszuschließen, das war mehr oder weniger eine Diskussion in einer sehr begrenzten Frauenöffentlichkeit, scheinbar eine Marginalie ohne Relevanz für politisches Ansehen einer Regierung, einer Partei oder gar der Demokratie. Das ändert sich. Und diese Veränderung hat wiederum eine längere Vorlaufzeit. Sie entwickelte sich seit den 70er Jahren und mündete in höchst kontroverse Diskussionen und Regelungen zur Frauenquote ein. Das Ansehen einer Partei und die öffentliche Zustimmung zu ihr hängt weit mehr als in der Vergangenheit ab von dem sichtbaren Anteil der Frauen an Ämtern und Mandaten, von der Beteiligung der Frauen an politischen Führungspositionen. Parteivorsitzende geraten in der Fraueneinfrage mehr und mehr unter politischen Argumentationsdruck und in Legitimationszwänge. Das ist neu!

Überdurchschnittliche Verluste der CDU bei den Frauen haben Entscheidungen ermöglicht. Der Generalsekretär der CDU ist eine Frau und der Vorschlag für das höchste Staatsamt: eine Frau. Diese Tatsachen gehören wirklich in das Buch der Geschichte. Dabei fällt auf, daß es in beiden Fällen Frauen aus dem „Osten“ Deutsch-

lands sind. Auch das hat unmittelbar mit unserer politischen Situation in Deutschland nach der Wiedervereinigung zu tun. Ein Prüfstein für Zusammenwachsen, für politische Achtung und Teilhabe ist die Beteiligung von Frauen und Männern aus den neuen Bundesländern. Auch sie wollen sichtbar sein, an der politischen Macht zentral beteiligt sein und nicht nur an den Rändern mitwirken.

Eine Frau aus Ostdeutschland als Kandidatin für das Bundespräsidentenamt, das findet breite Aufmerksamkeit und politische Zustimmung in der Öffentlichkeit. Sie ist Gegenkandidatin. Aber sie ist bereit, diese Rolle zu übernehmen, auszufüllen und bewirbt sich um die Zustimmung der Mehrheit. In weniger als zwei Monaten ist sie bekannt geworden, sie wirbt in und durch die Medien, durch öffentliche Auftritte, stellt sich vor, stellt sich den Fragen der Presse, der Bürger und Bürgerinnen.

II. Wider die Ochsentour

Frau Schipanski ist eine Seiteneinsteigerin, sie gehört der Partei nicht an, damit keinem Ortsverband, keinem Landesverband, keiner Vereinigung, keinem Parteigremium. Als Parteilose wirkt sie in die Bürgerschaft, macht sie sich bekannt bei Frauen und Männern, die ihre Präferenzen bei anderen Parteien haben.

In der gegenwärtigen parlamentarischen Großwetterlage findet die Entscheidung für eine parteilose Kandidatin nicht nur in

Ostdeutschland eine positive Resonanz. Frau Schipanski ist insofern eine parteipolitische Außenseiterin, profiliert durch eine spezielle ostdeutsche Biographie, aber ebenso durch eine Wissenschaftskarriere als Naturwissenschaftlerin, die nach 1989 zur ordentlichen Professorin aufstieg, Rektorin der TU Ilmenau, 1996 bis 1998 Präsidentin des Wissenschaftsrates und Mitglied des Technologierates der Bundesregierung in der 13. Wahlperiode war. Die wissenschaftliche Laufbahn hin zur ordentlichen Professorin wurde ihr in der früheren DDR verwehrt, weil sie kein SED-Mitglied war.

Der geringe Anteil von Frauen an Hochschulprofessoren und die noch geringere Zahl von Frauen in den Naturwissenschaften hebt die Festkörperphysikerin Dagmar Schipanski als eine Frau mit besonderem Profil heraus.

Mit diesem beruflichen Schwerpunkt repräsentiert sie die zukunftsbestimmenden Bereiche von Wissenschaft und Technik in der Wissens- und Informationsgesellschaft. Dieser in Deutschland noch immer dominant männliche Bereich wird hier mit einer Frau besetzt, die breite Möglichkeiten hat, die Welt der Naturwissenschaft und Technik in ihren Auswirkungen für die Menschen bewußt zu machen.

Gerade wir Frauen sollten diese Chance, einer vermittelnden, klärenden und aufklärenden Funktion zur Wissenschaftsentwicklung und der Zukunft der Informationsgesellschaft „Public understanding of Science“ durch eine Frau in einer

staatlichen Spitzenposition nicht unterschätzen. Das hat große Bedeutung für Bewußtseinsbildung, für die Wahrnehmung der Wissenschaftsrolle von Frauen und für die öffentliche Einflußnahme auf die Wissens- und Informationsgesellschaft. Wer hier Entscheidendes einzubringen hat, ist auch beteiligt an der Meinungsführerschaft in unserem Land. Wie oft haben wir Frauen kritisch konstatieren müssen, wie gering unser Anteil an der Zukunftsgestaltung ist!

Frau Schipanski wurde nicht als Frauenvorschlag eingebracht. Männer haben sie ausgesucht, haben entschieden und haben breite Zustimmung in den Führungsgremien der Partei und in den Fraktionen des Bundes und der Länder gefunden.

Eines wird den Frauen auch am Ende dieses Jahrhunderts erneut unmißverständlich vor Augen geführt: Sie haben nur eine Chance, wenn Männer sie wollen, Männer sie vorschlagen und durchsetzen. Wahrlich keine Frauenmacht! Das Gesagte ist kein Vorbehalt oder Einwand gegen die Kandidatin, aber ein deutlicher Hinweis auf die Machtstrukturen in unserer Gesellschaft. Sie haben sich noch immer nicht geändert.

Es geht auch ohne die Ochsentour in der Partei. Es geht ohne Parteizugehörigkeit, ohne jahrelange Erfahrung in politischen Ämtern, mit innen- und außenpolitischen Tätigkeitsfeldern, Arbeit in Regierung und Parlament. Entscheidend ist die Persönlichkeit, ihre Stellung in Beruf und öffentlichem Leben. Das Argument, ge-

eignete Frauen seien nicht zu finden, kann somit auch für die Zukunft nicht mehr gelten.

Zum ersten Mal – ich wiederhole es – wird von der CDU/CSU eine Frau für dieses Amt vorgeschlagen. Damit wird in mehrfacher Hinsicht ein Zukunftszeichen gesetzt. Die einmal angelegten Kriterien sind nicht nur ein Präzedenzfall, sie gelten auch für die Zukunft. **Auch andere Frauen aus dem Spektrum des beruflichen und öffentlichen Lebens ohne die „Ochsentour“ haben zukünftig eine Chance.** Die Partei ist offen für Bürgerinnen, die sich im Sinne Hannah Arendts im Gemeinwesen – hier in der Wissenschaftspolitik – engagiert haben. Diese Offenheit und Öffnung ist zugleich ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger, daß Ämter nicht exklusiv parteipolitisch vergeben werden.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang der politische Wille, eine Frau zum Zuge kommen zu lassen. Wir Frauen haben erfahren, daß **qualifizierte Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse sowie Beteiligung am Erwerbsleben zwar notwendige, aber noch keineswegs hinreichende Voraussetzungen für den Zugang zu Führungspositionen sind.** Mit einer Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten hat sich zwar zunächst nichts Entscheidendes an den Zuteilungschancen der Macht verändert. Aber es kommt jetzt darauf an, die in einer bestimmten historischen Konstellation getroffene Entscheidung für eine Frau strukturell und strategisch zu nut-

zen. Sie ist eine Vorgabe für zukünftige politische Spitzenpositionen. Eine historische Tat hat Konsequenzen. Sie müssen nicht nur erkannt, sondern auch umgesetzt werden. Welche Chance! Andere Länder sind uns vorausgegangen, wir folgen. Es zeigt sich, wo ein Wille ist, findet sich auch ein Weg.

Umgekehrt gilt für die Frauen, die Chancen auch zu ergreifen, Selbstzweifel zurückzustellen und offensiv mit Offerten zu Führungsaufgaben umzugehen. Dazu gehört auch die Bereitschaft, sich einer Kandidatur zu stellen, deren Erfolg nicht garantiert werden kann. Das Engagement ist ein Risiko. Es gab keine Vorbereitungs- oder Einübungszeit. Der öffentliche Auftritt startete mit einer extrem kurzen Vorlaufzeit. Schwierige Aufgaben sind gestellt, auch Konflikte bleiben nicht aus. Jedes Wort zählt, wird kritisch unter die Lupe genommen und entsprechend zustimmend angenommen oder kritisch zurückgewiesen.

Umso wichtiger sind Einrichtungen, Akademien oder andere Bildungsträger, die für solche Situationen vorbereitend und begleitend zur Verfügung stehen. Wollen wir mehr Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sehen, so gehört dazu auch professionelles Management. Es ist zugleich stärkend und entlastend, macht sicherer, ermöglicht Fehleranalysen und entsprechende Verhaltenskorrekturen.

Poli

III. Macht der Frauen um der Zukunft willen

Professionalität im Auftreten, in der politischen Werbung, in der Vermittlung der persönlichen und politischen Botschaften sind generell und insbesondere in der Mediendemokratie wichtig. Aber unterschätzen wir trotz aller gegenteiligen Behauptungen nicht die Bedeutung der politisch-programmatischen Aussagen. Gewiß, wer höchste Verantwortung im Staat übernimmt, wird vorrangig nach seiner Biographie, seiner Person befragt. Aber es geht um mehr als die persönliche Geschichte, um mehr als Familien- und Berufsdaten. Worauf es ankommt, sind Positionen zu politischen Grundsatzfragen, zu Zukunftsperspektiven.

Führungsaufgaben zu übernehmen das heißt Zukunft mitzuentwerfen, maßgeblich teilzuhaben an ihrer Gestaltung. Menschen suchen Orientierung, Auseinandersetzung mit den anstehenden Fragen und Problemen. Sie suchen Antworten oder wenigstens Ansätze, die zu Lösungen führen. Teilhabe an der Macht ist in erster Linie **Teilhabe an Verantwortung, an der Gegenwarts- und Zukunftsgestaltung.** Mitführen heißt Konzepte in die öffentliche Debatte einzubringen. Ohne Benennung der wichtigsten Aufgaben, Schwierigkeiten und Lösungsansätze bleiben Menschen hinter ihren Möglichkeiten zurück

oder fühlen sich überfordert. Resignation und Rückzug ins Private, wie sie verstärkt zu beobachten sind, bringen uns nicht voran, schaden der Demokratie.

Aber Engagement ohne Perspektive, ohne politische Vision und Überzeugung bleibt fade. Damit sind Menschen nicht zu gewinnen, fühlen sie sich nicht zum Mitmachen eingeladen.

Die deutsche Einheit, Wissenschaft und Wissenschaftsgesellschaft, die Rolle der Frau, das alles sind Teilaspekte der umfassenderen Zukunftsthematik. Menschen sind angewiesen auf Zukunftsszenarien, die es ihnen ermöglichen, Zusammenhänge zu erkennen, Notwendigkeiten und Anforderungen, aber auch Handlungsmöglichkeiten für sich und die Gemeinschaft zu sehen. Immer mehr Menschen haben Zweifel, ob die Politik noch maßgeblichen Einfluß auf Wirtschaft, Arbeit und soziale Sicherheit nehmen kann. Menschen sind unterwegs in einer Art Suchbewegung, suchend nach dem Sinn und der Deutung ihrer Existenz, individuell und kollektiv. Sie ist begleitet von Hoffnung und Ratlosigkeit, von starker Individualisierung, Auszehrung der Institutionen, vom Verschwinden des Verbindenden und der dennoch nicht abreißen lassen Suchen nach dem Gemeinsamen, dem Verbindlichen.

Was von Frauen in politischen Führungspositionen erwartet wird, ist mehr als Teilhabe an der Macht und Machtausübung. Sie wollen die Auseinandersetzung mit den

wichtigsten Zukunftsaufgaben aus der Sicht von Frauen. Das begrenzt sich nicht auf unser Land, auch nicht auf Europa, sondern betrifft die globalen Probleme wie Bevölkerungswachstum, Armutsbekämpfung, Schaffung und Erhalt natürlicher Ressourcen, Ernährung und Gesundheit, Bildung und Arbeit, soziale Sicherheit, Zusammenleben der Kulturen, friedliche Konfliktregelungen, das Miteinander der Generationen, die Rolle der Frauen.

Sie wollen wissen, was sich im Zeitalter der Forschung, der Information, der weltweit vernetzten Kommunikation für die Menschheit und jeden einzelnen verändert. Das sind zentrale Fragen geistiger und politischer Führung. Wer hier Entscheidendes einzubringen hat, ist auch beteiligt an der Meinungsführerschaft in unserem Land. Das ist ein lohnendes Engagement. Erheben wir verstärkt den Anspruch auf Partizipation an den zentralen Zukunftsaufgaben! Und unterstützen wir jene, die bereits in Führungspositionen sind oder auf dem Weg dorthin!

Prof. Dr. Rita Süßmuth,
Bundestagspräsidentin a. D.,
Mitglied des Deutschen Bundestages
und des Präsidiums der CDU,
Bundesvorsitzende der Frauen Union
der CDU Deutschlands

